

Die Stadtverordneten von Wildau haben es schwarz auf weiß. Sie haben ein Recht darauf, alle Unterlagen hinsichtlich des geplanten Verkaufs des 4600 Quadratmeter großen Grundstücks in der Friedrich-Engels-Straße 56/57 – der Kurier berichtete bereits mehrfach – einzusehen. So hat es die Kommunalaufsicht des Landkreises Dahme-Spreewald bestätigt, an die sich sowohl die Fraktion von BfW/Grüne als auch der Linken gewandt hatten. Des Weiteren wird von der Behörde bestätigt, dass das Handeln der Bürgermeisterin und des Gesellschaftervertreters der Stadt Wildau gegenüber der 100%igen Tochter WiWo



Das Grundstück in der Friedrich-Engels-Straße 56/57 ist noch gar nicht verkauft - und doch wird es schon mit dem Nachbarareal als Gesamtpaket für einen Preis über mehrere Millionen Euro auf dem Markt angeboten. Derweil wartet die Stadt noch auf ein Verkehrswertgutachten. Foto: T. Müller

„UNGEWÖHNLICH KÄUFERFREUNDLICH“

Neue Details zum geplanten Verkauf eines WiWO-Grundstücks / Geschäftsführer bestätigt Bedenken

durchaus der Kommunalaufsicht untersteht. Im Falle eines Verkaufs des Grundstücks, könnte es, wenn es die Behörde für notwendig hält, auch zu einer kommunalaufsichtlichen Prüfung kommen.

Damit sehen sich die Kritiker des Grundstücksgeschäfts bestätigt. Ob das Grundstück überhaupt noch verkauft werden soll, ist inzwischen wohl auch nicht mehr ganz so sicher. Der Ge-



WiWO-Geschäftsführer Frank Kerber würde gern seine Arbeit in Wildau fortsetzen. Foto: V. Elbe

sellschaftervertreter der Stadt Wildau Marc Anders sagte gegenüber dem KaWe-Kurier, das hänge davon ab, was bei dem Verkehrswertgutachten herauskommt, das die Stadt in Auftrag gegeben hat. Das Gutachten werde im Verlauf dieses Monats erwartet. Es wurde von der Stadt erst aufgrund der laufenden Diskussionen um den Wert des Areals angefordert. Ein von der WiWO beauftragtes Verkehrswertgutachten, in dem ein öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger bereits einen Verkehrswert von rund 1,7 Millionen Euro abzüglich der Kosten für den Abriss und die Entsorgung der Altlasten attestiert, liegt aber schon seit längerem vor. Inzwischen wurde aber auch schon bekannt, dass ein großes Bauträgerunternehmen das Grundstück zusammen mit dem rund 6000 Quadratmeter großen nördlichen Nachbarareal für einen Betrag von weit über 7 Millionen Euro angeboten bekam. Inwieweit der jetzige

Kaufinteressent tatsächlich auch der Eigentümer des Nachbargrundstückes ist, erschließt sich dabei bisher nicht.

Angesichts der neuen Details sieht sich WiWO-Geschäftsführer Frank Kerber in seinen Bedenken gegenüber dem Grundstücksverkauf bestätigt. Er äußert sich erstmals zu dem Vorgang öffentlich. „Dabei ging es nicht nur um den Preis“, sagt Frank Kerber gegenüber dem KaWe-Kurier, „als Geschäftsführer bin ich verpflichtet, die Interessen der Wohnungsbaugesellschaft zu vertreten.“ Er habe nicht nur darauf hingewiesen, dass der Vertragsentwurf zum Verkauf das künftige Mitspracherecht der Stadt hinsichtlich der Grundstücksentwicklung erheblich beschneidet. Ein Rechtsgutachten einer Berliner Kanzlei bestätigt inzwischen, dass der Vertrag „ungewöhnlich käuferfreundlich“ sei und erhebliche Nachteile für den Verkäufer berge.

FORTSETZUNG AUF S. 2

Frank Kerber betont zugleich, dass ein Grundstücksverkauf letztendlich auch die langjährigen Bemühungen der Stadt, der Stadtverordneten sowie der WiWO um eine stadtverträgliche Entwicklung des Dahme-Nordufers ernsthaft gefährdet. Für die gleich auf der Straßenseite gegenüber liegende Fläche läuft gerade ein Bebauungsplanverfahren, bei dem mit gutem Recht gewissenhaft geprüft wird, ob und in welchem Umfang die vorhandene kommunale und verkehrliche Infrastruktur weitere Wohnungen verkraftet. „Daher ist es nicht unproblematisch und für uns sogar schädlich, wenn die WiWO nun an diesem Entwicklungsprozess vorbei ein eigenes Grundstück ohne Auflagen und Bebauungsplan veräußert“, sagt Frank Kerber. Er sieht in der Gestaltung des Dahme-Ufers Nord, in dem neu zu konzipierenden Zentrum an der Fichtestraße oder in der avisierten Hotellösung auf dem Aldi-Grundstück am Stichkanal große Herausforderungen für die Wildauer Stadtentwicklung der nächsten Jahre. „Dafür

würde ich sehr gern wie bisher mit Anstand und Redlichkeit meinen Beitrag leisten, hier in Wildau bleiben und meine Arbeit bei der WiWO fortsetzen“, betont der Geschäftsführer, der nun auf eine zügige Klärung aller strittigen Fragen setzt.

Dafür plädiert auch der Fraktionsvorsitzende der Linken in der Wildauer Stadtverordnetenversammlung Heinz Hillebrand. „Wir sind ja generell gegen die Privatisierung von kommunalem Grund und Boden“, sagt er gegenüber dem KaWe-Kurier. Er begrüßt, dass nicht nur Aufsichtsrat und Gesellschafter der WiWO, sondern alle Volksvertreter in den etwaigen Grundstücksdeal mit einbezogen werden. Heinz Hillebrand betont: „Sollten die Bürgermeisterin und der Gesellschaftervertreter zu dem Schluss kommen, das Grundstück zu einem höheren Preis zu verkaufen – etwas anderes scheint anhand des vorliegenden Verkehrswertgutachtens kaum möglich –, so werden wir dennoch den Antrag an die SVV stellen, dies nicht zu tun“. VE/TM